

# Der sächsische Erzähler,

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion u. des Agl. Hauptsteneramtes zu Baunzen, sowie des Agl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs und Sonnabends, und kostet einschließlich der Sonntags erscheinenden „Sächsischen Collage“ vierteljährlich 1 Mark 50 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. Einmalige Abnahme 1 Mark.

Abbestellung, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 9 Uhr angenommen u. kostet die dreigespaltene Copie 10 Pf. unter „Eingekauft“ 20 Pf. Größter Inseratenbetrag 20 Pf.

## Bekanntmachung.

Der von Spittwitz nach Deutwitz führende Communicationsweg wird wegen vorzunehmender Reparaturen auf die Zeit vom 9. bis mit 12. dieses Monats für den Fahrverkehr gesperrt und der Verkehr inzwischen über Cannerwitz verwiesen.  
Königliche Amtshauptmannschaft Baunzen, am 5. Juni 1886.

von Bagberg.

Ostf.

Auf Antrag der Erben weil. der Häuslerin und Weberin Juliane Auguste verm. **Barthel**, geb. Fichte in Rammenau, soll die zu deren Nachlaß gehörige Reuhäuslernahrung Folium 242 des Grund- und Hypothekensuchs, Nr. 187/75 des Grundkatasters für Rammenau, aus Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit Garten Nr. 126 des Flurbuchs bestehend, — ha 7,6 ar (— Ader 41QR) enthaltend und mit 14,37 Steuerrechten belegt, den 12. Juni 1886, Vormittags 11 Uhr,

an Ort und Stelle im Nachlaßgute öffentlich versteigert werden, was unter Bezugnahme auf die im Gasthof zum Erbgericht in Rammenau aushängenden Verkaufsbedingungen und die Beschreibung des Verkaufsobjects hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.  
Königliches Amtsgericht Bischofswerda, am 27. Mai 1886.

Mantins.

Beder.

In der Verwahrung des unterzeichneten Stadtraths befindet sich eine alte Spindeluhre mit silberner Kette, welche ein Knabe am 26. vor. M. auf hiesigem Marktplatz gefunden haben will. Der rechtmäßige Eigentümer derselben wird hierdurch aufgefordert, sich beim unterzeichneten Stadtrath baldigst zu melden.  
Stadtrath Bischofswerda, den 7. Juni 1886.

Stag.

Donnerstag, den 10. Juni 1886, 1 Uhr Nachmittags,

soll im **Gasthofe „zum Hofgericht“ zu Reutrich** eine Nähmaschine versteigert werden.  
Königliches Amtsgericht Bischofswerda, am 5. Juni 1886.

Appolt, Ser.-Vollz.

## Politische Weltschau.

Die Frühjahrsession des deutschen Reichstages neigt sich ihrem Ende zu, ohne das gegründete Aussehen vorzuweisen, die hochwichtige Branntweinsteuer-Angelegenheit zu irgend einem Abschluß zu bringen. Die beiden Regierungsvorlagen haben den Beifall der Conservativen nicht gefunden, vielmehr entwarfen die letzteren einen Gegenvorschlag, der in vielen Punkten eine überraschende Ähnlichkeit mit den Bestimmungen des Monopols besaß, aber doch zunächst darauf berechnet schien, den Brennereibesitzern sehr bedeutende Vortheile zu sichern. Der von dem sogenannten „gesunden Egoismus“ allzu stark durchdränkte Gegenvorschlag fand aber nicht die Unterstützung der Centrumpartei, von der zwar einzelne Mitglieder mit den Agrariern sympathisiren, aber die von dem Abg. Windthorst geleitete Mehrheit keinem neuen Privilegium der großen Brennereien Vorzug leisten will. In der Commission wurde zunächst, nach Ablehnung der conservativen und nationalliberalen Vorschläge, die von dem Centrum beantragte etwas ermäßigte Verbrauchssteuer angenommen. An voriger Mittwoch wurden aber die Ausführungsbestimmungen, welche für die Erhebung der am Tage vorher beschlossenen Consumsteuer erforderlich wären, mit Hilfe der Conservativen abgelehnt, so daß die Beschlässe erst: Befugung wirkungslos bleiben mußten. Das Schlussergebn ist nun davon abhängig, ob die Regierung für die Commissionsbeschlässe mit Entschiedenheit eintreten will oder nicht. Das Fernbleiben des Finanzministers von Scholz von der entscheidenden Ausschussung machte den Eindruck, als lege bei den obwaltenden Verhältnissen die Reichsregierung gar keinen Werth mehr auf das Zustandekommen eines neuen Branntweinsteuergesetzes, das bei der jetzigen Stimmung im Reichstage doch nur in einer Fassung Annahme fände, die nur ein sehr mäßiges finanzielles Erträgniß verspricht. Der deutsche Reichscanzler kümmert sich anscheinend um diese Angelegenheit nur noch wenig, seitdem ihm dieselbe durch die Ablehnung des Branntwein-Monopols gründlich verleidet wurde. Fürst Bismarck scheint der Entscheidung dringend zu bedürfen und dürfte bei dem nächsten Minister des Innern, dem Reichscanzler, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen.

ausländige, zu dieser Reise nicht ermuntert haben, da dieselbe hauptsächlich auf gelegenerer Zeit verschoben worden ist. Der russische Staatsmann soll den Wunsch hegen, eine Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem russischen Czaren zu vermitteln, zu welcher der letztere bereit ist, nach Königsberg zu kommen. Vielleicht sind aber dem deutschen Reichscanzler die Verhältnisse der auswärtigen Politik noch nicht geklärt genug, dem deutschen Kaiser eine solche Begegnung mit dem Kaiser von Rußland anzupfehlen, deren politische Bedeutung von den übrigen Mächten immerhin sehr hoch veranschlagt werden würde. Ohne große Mühe hat die österreichische Regierung das Arbeiterunfallversicherungsgesetz im österreichischen Abgeordnetenhaus durchgebracht, dagegen stießen die Ausgleichsvorlagen in dem Zollauschusse auf so erheblichen Widerstand, daß mehrere Tage hindurch in Wien die Ansicht herrschte, das Ministerium Taaffe werde entweder das Abgeordnetenhaus auflösen oder zurücktreten. Die Ursache war das Verlangen der polnischen Abgeordneten nach einem größeren Schutz der galizischen Petroleum-Industrie und ein zu diesem Zweck von dem liberalen Abgeordneten Such gestellter Antrag, welcher den von der Regierung mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen schnurstracks entgegensteht. Um die naheliegende Gefahr einer Spaltung der bisher ziemlich regierungsfreundlichen Rechten abzuwenden, haben die Czechen den Minister Grafen Taaffe bewogen, den Versuch zu machen, die Ungarn zur Annahme eines etwas höheren Petroleumzolles zu bringen. Die dazu erforderlichen Verhandlungen werden persönlich mit dem in Wien eingetroffenen leitenden ungarischen Staatsmann Tisza geführt, der allen Grund hat, sich der österreichischen Regierung gefällig zu zeigen, weil er nur dadurch den ählichen Eindruck vermeiden kann, den seine bei der Beantwortung der Interpellation über die Entfernung des Hengst-Denkmal im ungarischen Unterhause abgegebenen schroffen Erklärungen auf sehr einflussreiche Kreise in Wien gemacht haben. Welchen Ausgang aber auch die jetzige österreichische Ministerkrise nehmen mag, sagt doch schon im Voraus ist, daß der sich geltend machende Widerstand des Reichscanzlers, von Bismarck durch das Eingehen der Reichscanzler mit dem Reichscanzler.

Das Fortschreiten des Handelsministers soll in die Hände des derzeitigen Landespräsidenten von Schlesien, Marquis Bacquhem, gelangen. Die österreichische Handels- und Eisenbahnwelt hält den Marquis für einen der schnelligsten Verwaltungsbeamten Oesterreichs und für einen besonders in Eisenbahnfragen erfahrenen Fachmann. Die von den belgischen Socialisten angekündigte Absicht zum Pfingstfeste riesige Arbeiterkundgebungen zu veranstalten, dürfte sich als unausführbar erweisen. Sowohl die Regierungsbehörden wie die Magistraturen der größeren belgischen Städte treffen Vorbereitungen, um derartige Kundgebungen kräftig zu verhindern, falls dieselben trotz der ergangenen Verbote versucht werden sollten. Das Brüsseler Cabinet hat sich außerdem damit einverstanden erklärt, daß die französische Regierung einen Militärkorps ziehen läßt, um jede Verbindung zwischen den streikenden belgischen und französischen Arbeitern zu verhindern. Die Prinzen von Orleans lassen alle Anwesenheiten, um ihre Ausweisung aus Frankreich zu verhindern, wobei ihnen die aristokratische Damenwelt und die hohe Finanz in Paris behilflich sein und schließlich auch der Senat als Rettungsbanker dienen soll. Wenn Alles fruchtlos bleibt, wollen die Prinzen von Orleans sich in der Schweiz ansiedeln, der Graf von Paris aber, bevor er Frankreich verläßt, ein Manifest an das französische Volk erlassen. Der Consequenzpräsident Freycinet war nur schwer dazu zu bewegen, die Ausweisung der Prinzen zu billigen, wogegen die vier radikalen Minister Boulanger, Crémieux, Lockroy und Rube ihre Entlassung zu nehmen drohten, falls Freycinet nicht in die obligatorische Ausweisung künftiger Prinzen willige. Mit Mühe einigte man sich schließlich im Ministerrathe dahin, von der Kammer die obligatorische Ausweisung der direkten Präsidentsen und die fakultative der übrigen Prinzen zu verlangen. Die Commission, welche von der Deputirtenkammer mit der Prüfung der Ausweisungsvorlage betraut ist, hat sich nun dem Vorschlag des abg. „Jules“ Rabier de Montau constituirte hatte, auch nicht aber auch nicht genügt und hat die Angelegenheit dem Reichscanzler übergeben, welcher die Angelegenheit dem Reichscanzler übergeben hat.

Erklärung im Besonderen und Strafen vollendet ist, wenn die Strafen es aus der Strafen in die Strafen einfließen muß. Coa. 1886.

fagen, daß alle Entschiedenheit in der Familie an mühe und tücht. Raune nach Danke zu keiner